



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.  
Porto 2 Thlr. 11 1/4 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer  
fünfteligen Zeile in Beitschrift 1 1/4 Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
Ankosten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 396. Mittag-Ausgabe.

vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 26. August 1863.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Mainz, 25. August. Die Plenarsitzung des deutschen Juristen-  
tages wurde heut Vormittag um 9 Uhr durch Dr. Rizy, Sectionschef  
im k. k. Justizministerium zu Wien, eröffnet. Es folgten die Präsi-  
dentschaftswahlen, wobei der Geheimerath v. Wächter aus Leipzig zum  
Präsidenten und der General-Staatsanwalt Dr. Schwarze aus Dres-  
den, der Sectionschef Rizy aus Wien, der Präsident Dr. Knyn aus  
Mainz, der Stadtgerichtsrath Graf Wartensleben aus Berlin zu Vice-  
präsidenten gewählt wurden.

Mainz, 25. Aug. Der Juristentag hat folgenden Beschluss ge-  
fasst: Der Richter hat gegebenenfalls über das verfassungsmäßige  
Zustandekommen von Gesetzen und Verordnungen zu befinden, und hat  
nur ein mit Zustimmung verfassungsmäßiger Stände erlassenes Gesetz  
anzuwenden.

## Der Fürstentag.

Frankfurt a. M., 24. August. In der heutigen Sitzung  
der Fürstensammlung wurde, wie bereits telegr. berichtet, der dritte,  
die Bildung des Direktoriums betreffende Artikel in etwas veränderter  
Fassung angenommen. Das Direktorium besteht aus 6 Mitgliedern:  
Österreich, Preußen und Bayern führen jedes eine Stimme darin. Die  
drei anderen Königreiche (Sachsen, Hannover, Württemberg) führen die  
vierte Stimme nach einem bestimmten Turnus; das Wahlsprinzip wurde  
hier abgelehnt. Der Kurfürst von Hessen und die 7 Großherzöge wäh-  
len aus ihrer Mitte das fünfte, und alle andern Fürsten und die  
freien Städte das sechste Mitglied. Bei Artikel 5 (Präsidium) kam das  
Alternat im Vorst. zur Sprache und es wurde beschlossen, daß hier-  
über die beiden Großstaaten sich unter einander verständigen sollten.  
Hierauf wurde noch Artikel 6 (allgemeine Bestimmung über die Besig-  
nisse des Direktoriums und Bundesrats) angenommen. — Für die  
auf morgen angesetzte Sitzung stehen Artikel 8 (Krieg und Frieden),  
11 (Bundesgesetzgebung), 14 (Bundesfinanzen), 16 (Zusammen-  
setzung der Versammlung der Bundes-Abgeordneten) und 18 (Einberufung, Vertagung und Auflösung der Versammlung)  
auf der Tagesordnung. Es wird diese Verhandlung daher von  
großer Wichtigkeit sein. Nach Allem scheint Österreich mit den König-  
reichen in allen Hauptpunkten einig, und es steht daher die Erledigung  
des ganzen Entwurfs in wenigen Tagen zu erwarten. Zur Beratung  
der noch nicht vollständig festgestellten Artikel werden dann die Minister  
zusammentreten. — Baden hat ausdrückliche Verwahrung dagegen ein-  
gelegt, als bedeute die Anerkennung des Entwurfs als „geeignete  
Grundlage“ eine bindende Verpflichtung in Betreff aller wesentlichen  
Punkte, wie Österreich sie deutet. Auch einige kleinere Fürsten (man  
nennt Altenburg, Mecklenburg-Strelitz und Luxemburg) sollen sich in  
ähnlichem Sinne verwahrt haben. Als Voraussetzung der praktischen  
Durchführung wird angeblich allgemein angesehen, nicht nur, daß die  
Kammern später zustimmen, sondern auch, daß Preußen sich anschließt.  
Dies ist wohl ohne Zweifel die Ansicht der meisten Fürsten; daß aber  
Österreich bereits früher ausdrücklich angekündigt hat, daß es die Bildung  
eines Sonderbundes erstreben werde, wenn Preußen draußen bleibe,  
habe ich schon in einem früheren Berichte mitgetheilt und kann  
es nur bestätigen.

(N. 3.)

## Preußen.

Berlin, 25. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König  
haben allernächst geruht: Dem Dirigenten und ersten Lehrer Stenzel  
an der jüdischen Schule in Gnesen den rothen Adlerorden vierter  
Klasse, und dem Schäferknecht Ernst Rüdiger zu Lohnig im Kreise  
Striegau die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Appella-  
tionsgerichts-Rath Wilh. Schmitz in Köln zum Ober-Tribunals-Rath;  
so wie den Seminar-Direktor Hauptv. zu Graudenz zum Regierung-  
und Schul-Rath bei der königlichen Regierung zu Oppeln zu ernennen;  
und dem praktischen Arzt v. Dr. Heimann in Köln den Charakter  
als Sanitätsrath zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem pensionirten  
Steuer-Einnehmer Johann Friedrich Ziehn zu Schwedt a. d. die die  
Majestät ihm verliehenen silbernen Medaille „für Tapferkeit im Kriege“ zu  
ertheilen. (St.-Anz.)

[Se. Maj. der König] gedenken am 30. oder 31. August von  
Baden-Baden hier einzutreffen. Se. Maj. die Königin werden zum  
Gebrauch ihrer Kur den Monat September hindurch noch in Baden-  
Baden verbleiben.

[Prinz Albrecht.] Die seit zwei Tagen eingetretene Besserung  
im Befinden Sr. lgl. hoh. des Prinzen Albrecht (Sohn) schreitet fort.  
Die Nacht verlief ruhig.

[S. Königl. hoh. die Großfürstin Marie, Herzogin von  
Leuchtenberg,] welche gestern von St. Petersburg hier eingetroffen  
und im kais. russ. Gesandtschafts-Hotel abgestiegen ist, gedenkt dem Ver-  
nehmen nach heute Abend von hier die Reise nach der südl. Schweiz  
über Frankfurt a. M. fortzusetzen.

[Das Befinden des Staats-Ministers a. D. v. Beth-  
mann-Hollweg] ist jetzt so befriedigend, daß nur noch die Herstellung  
der sehr gesunkenen Kräfte zu wünschen übrig bleibt. Zu diesem Ende  
wird derzeit voraussichtlich Mitte f. Mts. Scheveningen verlassen und  
sich nach Badenweiler begeben.

[Eine dritte preußische Depesche in der deutschen Frage.] Aus Frankfurt ist der „B. A. Z.“ der Wortlaut einer Depesche mit-  
getheilt worden, welche der preußische Minister des Auswärtigen am  
13. d. aus Gastein an den preußischen Gesandten in Wien gerichtet  
hat, und auf welche er sich in seiner (bereits mitgetheilten) Depesche  
vom folgenden Tage bezieht. Die Depesche vom 13. d. lautet:

v. Gastein, 13. August 1863. Sr. Excellenz dem Herrn Freiherrn  
v. Werther zu Wien.

Gw. z. überende ich anliegend Abschrift eines Promemoria, welches  
Sr. Majestät dem König, unserm allernächstesten Herrn, von Sr. Majestät  
dem Kaiser von Österreich in Gastein am Tage der Einladung nach Frank-  
furt übergeben worden ist, um die Gründe für diese Einladung und die be-  
absichtigten Reformvorschläge selbst darzulegen.

Dieses Actenstück erhält sowohl durch seinen Inhalt, wie durch die Art  
der Mittheilung eine so weitgreifende Bedeutung, daß es nicht allein Gegen-  
stand der ernstesten Erwögung werden mußte, sondern auch das Bedürfnis  
seinerer Auflösung für uns dringend herborgt.

Was uns in demselben ganz besonders hat überraschen müssen, ist näm-  
lich die Art, wie die Vorschläge zu einer organischen Reform der Bundesver-  
fassung durch Anschauungen motivirt werden, welche die Grundlage des  
Bundesverbandes selbst in Frage stellen.

Wir konnten nicht darauf gefaßt sein, die Bundesverträge, deren gewissen-  
hafter Durchführung wir seit fast einem halben Jahrhundert, durch materielle

Leistungen und durch den Verzicht auf eine freiere Bewegung unserer eigenen  
Politik, so erhebliche Opfer zu bringen fortfahren, von der kaiserl. Regierung  
als eine werthlose und hinfällige Institution bezeichnet zu sehen.  
Das Promemoria enthält in dieser Beziehung Deductionen, welche zu der  
Auffassung führen, als sehe Österreich das bisherige Bundesverhältnis,  
deinen Zustand als ein „schlechtthin chaotischer“ bezeichnet wird, schon  
als gelöst an.

„Man denkt in der That“ — so heißt es — „nicht zu nachtheilig von  
diesem Zustande, wenn man sich eingestellt, daß die deutschen Regierungen  
sich jetzt nicht mehr in einem feinen gegenseitigen Vertragsverhältnisse  
zusammenstehen, sondern nur noch bis auf Weiteres im Vorgefechte naher  
Katastrophen neben einander fortleben.“ Es wird angenommen, daß sich ein  
fortschreitender Prozeß der Abwendung von dem bestehenden Bunde vollzo-  
gen habe; es ist von Resten einer wankten gewordenen Rechtsordnung die  
Rede, welche der bloße Wunsch, daß die moralischen Wände den nächsten  
Sturm noch aushalten mögen, die nötige Festigkeit nimmer mehr zurückge-  
kehrt können; und es wird erklärt, „der Boden der Bundesverträge schwante  
unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stelle.“

Wir sind für die Mängel der Bundesverfassung niemals blind gewesen,  
aber wir haben bisher in unseren Reformbestrebungen diejenige Freiheit der  
Bewegung nicht für zulässig erachtet, welche aus der Voraussetzung der  
Hinfälligkeit der Bundesverfassung erwachsen würde, und wir haben  
es dem Interesse Deutschlands und unserer Bundesgenossen nicht für dienlich  
gehalten, die Verstärkung der bestehenden Rechtsordnung zu fördern, bevor  
dieser Erfolg durch neue und vollkommene Schöpfungen sicher gestellt ist.  
Die kaiserliche Regierung nimmt an, daß es „fast wie Ironie klingen  
möchte, wenn man diejenigen an sich wahren Satz auf die deutschen Bundes-  
verhältnisse anwenden wollte;“ und es ist dergestalt von der Verfassungs-  
heit und Haltlosigkeit der letzteren durchdrungen, daß ihr das  
Rütteln an dem noch vorhandenen Bestande, selbst in dem „freiwillig ge-  
wählten Augenblide der Krisis und Gefahr“ unbedenklich erscheint.

Es hat den kaiserlichen Regierung nicht entgehen können, daß diese Er-  
klärungen, indem sie als wohlerwogene Ansicht des Bundes-Präsidial-Hofes  
den Genossen des deutschen Bundes amtlich eröffnet werden, an sich in  
Deutschland wie im Auslande die Überzeugung mächtig fördern müssen, daß  
„weder Österreich noch Preußen noch die übrigen deutschen Staaten sich  
mit irgend einem Grade von Vertrauen auf den Bunde in seinem  
jetzigen Zustand stützen können.“

Auf diesem Vertrauen aber beruht wesentlich das Ansehen des Bundes  
und die Möglichkeit, daß derselbe seinen ursprünglichen Zweck, Deutschland  
äußere und innere Sicherheit zu gewähren, erreiche.

Wir wissen nicht, welchen Erfolg für die „festen gegenseitigen Vertrags-  
Verhältnisse“, in denen ihrer Ansicht nach die deutschen Regierungen schon  
jetzt nicht mehr zusammenstehen, die kaiserliche Regierung anstrebt. Dieselbe  
hat keine Verhandlungen mit uns darüber gepflogen, und das vorliegende  
Promemoria gibt in dieser Beziehung nur unvollkommen Andeutungen.  
Gelingt es aber nicht, anderweitige Einrichtungen herzustellen, welche den  
Gegensatz der Particular- und der Gesamt-Interessen Deutschlands  
angemessener als bisher vermittelnd, so wird die Erschütterung des  
Vertrauens auf die Bundes-Verträge das einzige Ergebnis der Er-  
öffnungen bleiben, welche die kaiserliche Regierung ihren Bundes-  
genossen gemacht hat. Jedenfalls entnehmen wir für jetzt aus  
derselben das Recht und die Pflicht, klarheit darüber zu verlangen, ob Österreich  
und die Staaten, welche auf die motivierte Einladung des kaiserl. Hofes  
an dem Congresse in Frankfurt Theil nehmen, die vertragsmäßigen Bundes-  
pflichten rücksichtslos anerkennen oder nicht. Es ist einleuchtend, daß die Ent-  
scheidung hierüber von dem wesentlichen Einfluß auf die maßgebenden Grund-  
lagen unserer Gesamtpolitik sein muß.

Erw. ic. erteile ich daher ergebenst, in diesem Sinne mit dem kaiserlich  
österreichischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen  
und von ihm eine offene und entschiedene Erklärung der kai. Regierung zu  
erbitten.

Von dem gegenwärtigen Erlaß sind Sie ermächtigt, denselben Mitthei-  
lung zu machen. (gez.) v. Bismarck.

[Alarmartikel.] Vom Rhein bringt die „Kreuzzeitung“, deren  
ganze politische Weisheit bisher darin bestand, die Einigung Preußens  
mit Österreich zu predigen, folgenden, mehr als lächerlichen Alarm-  
Artikel:

„Nil timendum!“ Erlauben Sie mir, zu dem Schlus des  
Leitartikels in Nr. 194: „Zunächst also handelt es sich um die Zoll-  
einigung“, — die Bemerkung zu machen, daß zwar der nächste Zweck  
und das nächste Ziel auf diese Groberung gerichtet sein mögen.

Aber welche sind des Kaisers Franz Joseph letzte Zwecke, leiste  
Ziele bei dem jetzigen Auftreten?

Der Kaiser ist gen Frankfurt gezogen, wissend, daß die vier Könige  
zu ihm stehen im Bunde gegen Preußen, das wachsende Preußen.  
Gemeinsam ist dem Kaiser und den vier Königen das Bewußtsein und  
die Erfahrung der Abhängigkeit; gefestelt der Kaiser durch Venetien,  
Ungarn, mit den Königen durch Preußens Veto im Bunde. Habsburg  
sinn auf Rache für Schlesien, für Solferino, seine Feindseligkeit von 1859 bis heute liegt vor unseren Augen. Ein  
Bund mit dem Imperator sichert ihm, so lange der Arge Wort hält,  
Venedig.

Hat Franz Joseph die Fürsten berufen, ohne einer Antwort gewiß  
zu sein?

Er begehrte: Ja! Keine Erörterung.

Der Fürsten, insbesondere der vier Könige Annahme der Grund-  
züge des kaiserlichen Projects ist zweifellos und schließt Preußen von  
dem Bunde aus.

Preußen, alleinstehend, wird blosgestellt der Rache Habsburgs  
und der Rache des Neffen für 1813.

Nil timendum Christo duce! So sprach im September 1847  
ein Patriot zu dem hochseligen Könige unter Hinweisung auf das  
nahende Ungewitter. (Graf Keller war zugegen.) Thränen nesten  
des edlen Königs Wangen. Gott hat Ihm Sieg verliehen!

Nil timendum Christo duce! Das unser Lösungswort vor dem  
Sturm.“

[Kirchliche Aufsätze.] Nach einem am 19. Juni d. J. ergangenen  
Erkenntnis des Obertribunals bedürfen kirchliche Aufsätze der polizeilichen  
Genehmigung nur dann nicht, wenn sie nach „Zeit, Ort, Form und Be-  
deutung“ herbeibracht sind. In dem Erkenntnis heißt es u. A. auch: „Die  
Ausführung des Appellationsrichters, daß die in der katholischen Welt am  
weiteften verbreitete Profession, welche am Frohleidnisse steht, stat-  
findet, für eine der Zeit nach unbestimmt deshalb zu erachten sei, weil  
sie nicht in jedem Jahre auf denselben Tag fällt, ist verfehlt, weil die regel-  
mäßige Wiederkehr der beweglichen Feste der christlichen Kirche nach kanoni-  
schen Grundzügen geregt ist und durch den auf diese sich gründenden Kan-  
zler der allgemeinen Kenntnis gebracht wird.“

[Eilenburg, 20. Aug. [Verwarnung.] Der Verleger des  
hiesigen „Nachrichtenblattes“ hat von dem Regierungspräsidenten Rothe  
in Merseburg eine Verwarnung erhalten, nachdem ihm „bereits bei  
einer früheren Gelegenheit die Anmahnung zu Theil geworden war,  
die der Befreitung öffentlicher Angelegenheiten zustehenden Grenzen  
nicht zu überschreiten.“

[Stettin, 23. August. [In der letzten Stadtverordneten-  
Sitzung wurde von den Herren Dr. Zachariae und Dr. Wolff fol-  
gender Antrag eingebracht: „Nach einem Gerüchte, welches auch in den  
hiesigen Zeitungen Verbreitung gefunden, habe ein Offizier der Garni-  
son (v. Briesen, wenn wir recht verstanden) einem städtischen Beamten,

der in der Ausführung seines amtlichen Berufes begriffen gewesen, sich  
nicht nur widerstellt, sondern diesen Beamten durch hinzu gerufene  
Soldaten sogar arretieren lassen. Der Magistrat sei daher zu erfor-  
den, über diesen Vorfall und, wenn derselbe sich in der ange-  
gebenen Weise zugetragen, über die Schritte, welche seitens des Magi-  
strats in der Sache geschehen, der Versammlung Auskunft zu ertheilen.“ Der Referent weist darauf hin, daß bei dem geringen Maße  
der bürgerlichen und kommunalen Freiheit dies Wenige mindestens  
sorgsam gewahrt werden müsse, er bitte daher um einstimmige An-  
nahme des Antrages. Der Magistratskommissarius gibt sofortige  
Auskunft dahin, daß nach Aussage des beteiligten Beamten der  
Vorgang richtig sei, nur daß nicht der Beamte selbst, sondern dessen Ge-  
hilfe der Arrestierte sei, was indessen in der Strafbarkeit der Handlung des Offi-  
ziers gleich nichts Änderes. Der Magistrat habe daher bei dem Ge-  
richte der dritten Division den Vorfall angezeigt und beantragt, den  
betreffenden Offizier zur Verantwortung und Bestrafung zu ziehen.  
Bis jetzt sei aber der Magistrat ohne Antwort geblieben. Dr. Zacha-  
riae und Dr. Wolff erklärten sich hierauf durch diese Auskunft vorläufig  
befriedigt, indem Dr. Zachariae hinzufügte, die Antragsteller würden die  
Ungelegenheit, bei der es sich um ein Vergehen handele, welches nach  
dem bürgerlichen Gesetze streng bestraft würde, mit Ausferksamkeit ver-  
folgen. (Magd. 3.)

[Stettin, 25. Aug. [Untersuchung gegen Stadtverord-  
nete.] Wie wir hören, ist gegen die Mitglieder der Commission der  
Stadtverordneten-Versammlung, welche die Beschwerdeschrift an Se.  
Majestät den König unterzeichnet haben, die gerichtliche Untersuchung  
eingeleitet. Die Commission bestand aus den Herren: Saunier, Vor-  
sieber der Stadtverordneten-Versammlung, Lüderitz, Stellvertreter des  
Vorsitzers und Vorsieber der Kaufmannschaft, de la Barre, Vorsie-  
ber der Kaufmannschaft, Dr. Zachariae, Justizrat, und Dr. Amel-  
ing, Director der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Germania.“

## Deutschland.

[Frankfurt, 24. August. [Aufruf des Nationalvereins.] Gleichzeitig mit dem deutschen Abgeordnetentag hat auch der Ausschuß  
des Nationalvereins eine Sitzung in Frankfurt gehalten und folgenden  
Aufruf beschlossen, den die „Nat.-Ztg.“ mittheilt:

„Vereinigen! Kaum vier Jahre sind vergangen seit dem Wiederer-  
wachen der nationalen Bewegung. Anfangs mit geringen Mitteln gegen  
Schwierigkeiten aller Art antämpfend, gelähmt noch durch den einer vergan-  
genen Zeit angehörigen Groß der alten Parteien und vor Allem durch die  
Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit eines großen Theils des deutschen Volks,  
geweckt durch noch vorhandene partikularistische Gegensätze auch im Volke,  
auf das Neuerste von fast allen Regierungen und retrograden Elementen ange-  
feindet, ohne jede Stütze als die Gerechtigkeit ihrer Sache, bat die nationale Partei  
täglich an ihrem Halt gewonnen, mehr und mehr die tückigen Kräfte der Na-  
tion in sich vereinigt und ihre Gegner selbst endlich gezwungen, auf den nationalen  
Boden, welchen sie quer verlegten, wenigstens scheinbar herabzusteigen.  
Heute, in einem Augenblick, wo Preußens Einfluß und Preußens Kraft  
durch den inneren Conflict gelähmt sind, sehen wir den Kaiser von Österreich,  
wie fast alle übrigen deutschen Fürsten laut und offen vor der Nation  
die gänzliche Unbrauchbarkeit der Bundesverfassung und die höchste Dring-  
lichkeit ihrer Ausbesserung im liberalen und nationalen Sinne betonen und  
in der alten Reichsstadt Frankfurt sich zu persönlichen Berathungen über eine  
neue Gestaltung der deutschen Gesamtverfassung vereinigen.“

Die deutsche Frage ist offiziell auf die Tagesordnung gesetzt. An  
der Nation ist es, diesmal ihre endliche Lösung zu sichern. Täuscht nicht  
alles, so nahen für uns höchst wichtige, wenn nicht entscheidende Ereignisse.“

„In einer solchen Krise muß die Nation noch fester als bisher sich um  
das Banner der Freiheit und Einheit zusammenhaaren, sich selbst mit den  
Ereignissen in's Klare setzen, mit Besonnenheit das Brauchbare annehmen  
und das Verderblige mit Ent

furt hieher gelangten Nachrichten von Zwistigkeiten der Fürsten mit schlecht verholteter Befriedigung auf, die auch noch in der diplomatischen Objectivität zu erkennen ist, mit welcher die „France“ die drei Parteien definiert, die sich in diesem Augenblick in Deutschland gegenüberstehen. Wie es heißt, ist von Seiten Österreichs hier angekündigt worden, daß Graf Rechberg in einem Rundschreiben alle in Bezug auf den Congress im Auslande verbreiteten Missverständnisse beseitigen werde. Demgeglichen steht man nicht ohne Misstrauen auf Frankfurt. Der „Constitutionnel“ glaubt zwar, in Frankfurt werde bloß über deutsche Angelegenheiten verhandelt; die „Nation“ zieht gegen ihn zu Felde und wirft ihm vor, daß er die französischen Interessen vergesse und nicht einmal bedenke, daß die Ausführung des französisch-preußischen Handelsvertrages sogar Gefahr laufe. Daß man übrigens der frankfurter Versammlung hier nicht sehr hold ist, geht deutlich daraus hervor, daß die hiesigen Blätter, vor Allem aber der so gleichgültige „Constitutionnel“, das falsche Gericht, „es herrliche Zwitteracht unter den deutschen Fürsten,“ mit ganz besonderer Vorliebe ausgenommen haben. — Heute war feierlicher Gottesdienst im Lager von Châlons. Der Kaiser und der kaiserliche Prinz wohnten demselben an. Letzterer wohnte auch den Manövern bei, die am Freitag im Lager stattfanden. Er war in Uniform zu Pferde, oder vielmehr zu Pony an der Seite seines Vaters.

**Paris**, 23. August. [Die französische Note an Russland.] Das „Memorial Diplomatique“ glaubt Folgendes als den wesentlichen Inhalt der letzten Note des Herrn Drouyn de Lhuys mit Bestimmtheit mittheilen zu können: „Herr Drouyn de Lhuys beginnt mit der Erklärung, daß die Note des Fürsten Gortschakoff der gerechten Erwartung der französischen Regierung nicht entsprochen hat; er bedauert, daß Russland, nachdem es die Mächte zu einem Austausch ihrer Ansichten aufgefordert hatte, auf ihre Vorstellungen kein größeres Gewicht gelegt und anscheinend den eigentlichen Charakter des polnischen Aufstandes, so wie die durch die Fortdauer der aufständischen Bewegung Europa geschaffene Situation nicht besser gewürdig habe. Nicht ohne Erstaunen hat die französische Regierung gesehen, daß man den Ursprung und die Entwicklung des Aufstandes und selbst die dadurch in Europa hervorgerufenen Aufrüttungen den Umtrieben der revolutionären Propaganda beigelegt hat. Weder die Aufrüttungen von auswärts, noch die Bemühungen einer kleinen Zahl Aufrührer haben eine Bewegung hervorgerufen und unterhalten können, der alle Klassen der Gesellschaft, Edelleute, Bürgerleute, Arbeiter, Bauern und der Clerus, von den Häuptern des Episcopates bis zu dem bescheidensten Priester, ihre Unterstützung zu Theil werden lassen und die alle Streitkräfte Russlands nicht zu bewältigen vermochten. Nicht die Revolution war es, die von Stockholm bis Madrid oder von London bis Turin von Seiten aller Cabinets ernsthafte Vorstellungen hervorgerufen und in allen Parlamenten die energischsten Kundgebungen ungetheilter Sympathien zu Tage gefördert hat. Nicht, indem es auf diejenen betretenen Wege beharrt, wird Russland diese furchtbare Situation sich entwinden sehen; nur durch Zugehörigkeit wird man ein solches Resultat zu erzielen vermögen. Deshalb kann auch die französische Regierung nicht genug bedauern, daß das russische Cabinet die Idee eines Waffenstillstandes zurückgewiesen hat, der die Gemüther zunächst beschwichtigt und einzigt den Mächten gestattet haben würde, in nützlicher Weise die Erörterung über die Mittel fortzuführen, welche eine dauernde Pacifizierung hätten herbeiführen und die eingeleiteten Unterhandlungen zum guten Ende gelangen lassen können. Was diese Unterhandlungen selbst betrifft, so kann das französische Cabinet die Form und den Gang, welchen die russische Regierung denselben geben möchte, nicht annehmen. Fürst Gortschakoff giebt übrigens den Präcedenzfällen, auf welche er sich stützt, um eine Konferenz zu Drei vorzuschlagen, eine unrichtige Deutung. Wenn es wahr ist, daß im Jahre 1815 die auf das Königreich Polen bezüglichen Einzel-Bestimmungen zwischen den drei direkt beteiligten Mächten, unter Vorbehalt der Genehmigung Europas, geregelt wurden, so waren dagegen die Grundlagen selbst des über das Schicksal Polens entscheidenden Uebereinkommens vorher debattirt und zwischen allen an der Unterzeichnung der wiener Schlussoakte beteiligten Mächten definitiv festgestellt worden. Uebrigens hat Russland selber Europa das Recht zuerkannt, in der Regelung der polnischen Angelegenheit einzuschreiten, und man kann nicht umhin, den Widerspruch hervorzuheben, der zwischen den gegenwärtigen Vorschlägen des russischen Cabinets und der ersten Depesche des Fürsten Gortschakoff besteht. In dieser Depesche erkannte der russische Vicekanzler allen Mächten, die an der Ausarbeitung des Uebereinkommens von 1815 Theil genommen, das Recht der direkten Intervention zu, das er heute auf die drei Grenzmächte beschränken will. Man kann selbst sagen, daß Russland gerade die Initiative zu einer Generalkonferenz der Mächte ergriffen hatte. Herr Drouyn de Lhuys will keinen anderen Beweis dafür, als die dem englischen Minister des Auswärtigen gemachten Erklärungen des russischen Gesandten. Indem dieser dem Grafen Russell Abschrift der Depesche des Fürsten Gortschakoff vom 17. April überreichte, erklärte er, seine Regierung sei bereit, die Discussion auf dem Boden und innerhalb der Grenzen der Verträge von 1815 anzunehmen.“ Hieran schließt sich der bereits mitgetheilte Schlussab.

## M u s l a n d.

### U n r u h e n i n P o l e n .

**Prz**, 22. Aug. Vorgestern wurde eine ganz in der Nähe unserer Grenze bei Bielawo lagernde Insurgentenabteilung von den Russen überfallen, wobei 40 Insurgenten fielen, und von den Russen 50 Gewehre, Munition, Pferde und Sägen erbeutet wurden. (Pr. Litth. 3.)

**Konin**, 19. August. Fast täglich sehen wir, wie kleinere oder größere Heeresabteilungen unsere Stadt verlassen und nach einigen Tagen mit Gefangenen jeglichen Standes zurückkehren. Diese Unglücklichen werden meist in den Dörfern oder unterwegs aufgegriffen, von den Kosaken fast zu Tode gepeitscht, von der Infanterie mit Kolbenstößen durchgeblaut und hierher transportiert. Nachdem sie hier eine

Zeitlang in den mit Ungeziefer aller Art verunreinigten Gefängnissen gesessen, werden sie entweder an der Grenze den preußischen Behörden ausgeliefert oder als Rekruten nach Orenburg abgeführt, und nur Wenige werden freigelassen. Unter den vor einigen Wochen aufgegriffenen befanden sich drei Schweden, Studirende aus Stockholm, deren Namen ich zufällig erfahren habe; es waren dies die Herren Eriksson, Jakobsson und Wilhelm Umann, Neffe des General-Consuls in Stockholm. Mit kurzgeschoren Haaren in Soldatenmantel gekleidet, wurden sie sammt mehreren unglücklichen Polen unter starker Escorte nach ihrem Bestimmungsort abgeführt. Es ist wohl zu erwarten, daß die schwedische Regierung nach Feststellung dieser Angaben bei der russischen Regierung die geeigneten Schritte machen werde, um diese unglücklichen jungen Leute von dieser schweren, gegen jegliches Widerrecht über sie verhängten Strafe zu befreien.

Neun Werst von Bielawo im Dorfe Dzika wurden zwei Bauern, welche Denunciantendienste bei den Russen verrichteten, von den Insurgents aufgehängt. Da dieselben unter den Schutz der Dorfspolizei gestellt waren und diese ihr Leben zur Vertheidigung der zwei Spione nicht opfern wollte, so wurde das ganze Dorf laut Machtspruch des Proconsuls Murawieff abgebrannt und der Erde gleich gemacht, das

ganze Inventarium zu Spottpreisen verkauft, alle Einwohner dieses Dorfes, Männer, Frauen und Kinder, 1000 an der Zahl nach Sibirien verschickt und dadurch der doppelte Zweck erreicht, Polen von der aufständischen Bevölkerung befreit und beruhigt und Sibirien bevölkert und civilisiert. — Die heute ausgegebenen polnischen Bulletins berichten Folgendes aus der lubliner Wojewodschaft:

Im Chelmstädtischen stiehen die Abtheilungen Cwiel, Eminowicz und Ruzki's auf 3 Kompanien nach Chelm gehenden russischen Militärs. Die Unrigen befanden sich beim Gottesdienste in Chelm, als sie die Nachrich erhielten, daß die Russen gegen Chelm ziehen. Demzufolge rückten unsere Abtheilungen nach Deviatow, Cwiel und Eminowicz legten den Oberbefehl in die Hände von Murdellon (?) und stellten sich mit Stuigen bewaffnet in Reihe und Glied. Die Abtheilung Rudzki's griffen die Fronte an, während die Abtheilung von Cwiel den linken Flügel umging, um den Russen den Rückzug abzuschneiden. Die Russen hielten den Angriff nicht aus und zogen sich zurück. Die Unrigen verfolgten sie über eine Meile weit; die Russen wurden jedoch nicht vollständig geschlagen, weil man ihnen den Rückzug nicht abschneiden konnte. — In diesem Gefecht fiel Stanislav Lipinski, früher Befehlshaber einer Abtheilung im Kawaschi. — Er schlug sich damals mit einer kleinen Abtheilung aus dem Kawaschi nach dem Lubelschi durch in der Weich, nach Wolynien zu ziehen. Die kleine Abtheilung Lipinski's wurde jedoch zerstreut und er selbst rettete sich mit 3 Mann zu Rudzki, an dessen Seite er fiel. — Auf welche Weise die Russen ihre Verluste zu verheimlichen suchen, beweist ein Vorfall, der mit dem oben erwähnten Gefechte in Verbindung steht. Als die Unrigen, durch das Verfolgen ermüdet, einen wenig ausruhten, trugen die Russen ihre auf Wagen transportirten Todten nach einem am Wege befindlichen Krug und zündeten denselben an allen vier Enden an. Noch müssen wir eines nicht minder schmerzlichen Verlustes erleben, Ermahnung thun. Im Gefechte bei Przedborz verwundet, war er nach kurzer Zeit zu Rudzki gestossen, und bei Chelm von zwei Kugeln getroffen, starb er dabei eines Heldenodes. (Ostb. 3.)

**Kalisz**, 24. Aug. [Rückkehr russ. Truppen. — Pass-Verordnung. — Todesurteil.] Heute Nachmittag zwischen 6 und 7 Uhr kehrte das russ. Militär, welches Freitag von hier ausmarschierte und an mehreren Treffen gegen die Polen Theil genommen hatte, in unsere Stadt zurück. Die Truppen sahen größtentheils sehr stark mitgenommen aus, und waren an Zahl ziemlich reduziert. Sie brachten mehrere Wagen verwundete Russen mit und 6 gefangene Polen, darunter 2 Franzosen. — Heute ist der Befehl ergangen, daß keine Passkarten mehr verabreicht werden, sondern nur Pässe. Nicht allein, daß die Erlangung eines Passes lange Zeit beansprucht, sind auch besondere Bedingungen damit verbunden; z. B. einer Nachricht, daß der Betreffende stets pünktlich die Abgaben zahlte etc. — Die Polen, die hängten gestern einen russischen Spion in der Person eines polnischen Juden, unweit Blazef. Derselbe war eben beschäftigt, Depeschen vom stradzer General an den unrigen zu bringen. Er wurde auf dem Omnibus in der Gegend von Blazef verhaftet und sofort das Todesurteil gegen ihn ausgeführt.

**Von der polnischen Grenze**, 24. Aug. [Mieroslawski.] Wie mir von unterrichteter Seite verichert wird, ist die Nachricht, daß Mieroslawski sich in Galizien befindet, und bereit sei, ein von der „Nationalregierung“ ihm angebotenes Commando im Gouvernement Lublin zu übernehmen, ungegründet, und von der Czartoryskischen Partei lediglich zu dem Zweck verbreitet, um den innern Zwiespalt der polnischen Parteien vor der Welt zu verbergen. Mieroslawski weilt noch immer in den Donau-Fürstenthümern, und ihm ist wieder ein Commando von der Nationalregierung angeboten worden, noch begehrter für jetzt ein solches. Er hat offen erklärt, daß der gegenwärtige Aufstand, den er trotz dem Widerstande der aristokratischen Partei ins Leben gerufen, von dieser Partei in eine Bahn geleitet sei, auf welcher Polen nimmer zur Unabhängigkeit und inneren Freiheit gelangen könne, und daß er (Mieroslawski) so lange auf das Ober-Commando — denn nur von diesem könne in Bezug auf ihn die Reise sein — verzicht leiste, als die Leitung des Aufstandes sich in den Händen der Czartoryskischen Partei befindet. Dennoch ist Mieroslawski für den Aufstand thätig, indem er Waffenkaufleute besorgt und Zugänger in der Türkei anwirkt. Er hofft nämlich, daß in der Türkei und Italien, vielleicht auch in anderen Ländern Europas, schon in nächster Zukunft Ereignisse eintreten werden, welche die Leitung des Aufstandes der diplomatisierenden Czartoryskischen Partei entwinden und in seine Hand zurückgeben werden. Diese Ereignisse zu beschleunigen, ist der Zweck seines Aufenthaltes in den Donaufürstenthümern. (Ostb. 3.)

=bb= **Breslau**, 26. August. [Militärisches.] Am 27. d. Mts. riß das Bataillon 1. Schles.-Grenadier-Regiments Nr. 10 von hier ab, am 28. d. M. trifft das 2. Bataillon und am 1. Septbr. das 1. Bataillon nebst dem Stabe des genannten Regiments hier ein und werden hier selbst einquartiert.

**Stonsdorf**, 22. Aug. Heute Nachmittag um 3 Uhr fand hier selbst in der evangelischen Kirche die Vermählung der Prinzessin Anna Elisabeth Reuß mit dem Herrn Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode statt. Die Theilnehmenden, vom fürstlichen Schlosse in ihren Equipagen kommend, versammelten sich in der Colonnade der Brauerei und begaben sich von da unter Glockengläube zu Fuß durch den kleinen Park und die vor der Kirchhür erbauten Ehrenpforte in die Kirche. Nach beendet kirchlicher Feier bestiegen die Vermählten und Hochzeitsgäste bei dem Kirchhofthore ihre Equipagen und fuhren wieder zum fürstlichen Schlosse zum Festdiner, wobei die Elgersche Kapelle die Tafelmusik ausführte. Abends wurde der Park sehr schön illuminiert und ein Feuerwerk abgebrannt. (Bote.)

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Bar. Thermometer.	Luft- temperatur.	Wind- richtung und Starke.	Wetter.
Breslau, 25. Aug. 10 U. Ab.	330,02	15,4	SW. 1.	Heiter.
26. Aug. 6 U. Mrz.	329,74	12,4	SO. 2.	Wollig.

**Breslau**, 26. Aug. [Wasserstand.] D.-P. 12 f. 4 g. 3. U.-P. — f. 9 g.

### Telegraphische Course und Börse-Nachrichten.

**London**, 25. August, Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 51. Regenwetter. Consols 93 1/2. Iprz. Spanier 48. Meritani 38%. 5proz. Russen 94%. Neue Russen 92. Sardinier 89 1/2. Hamburg 3 Monat 13 Mrt. 8 1/2 Sch. Wien 11 fl. 40 Kr.

Der „Briton“ ist vom Cap mit Nachrichten vom 21. Juli in Plymouth eingetroffen.

**Wien**, 25. August, Nachm. 12 Uhr 30 M. Sehr geschäftsflos. 5proz. Metalliques 76, 80. 4 1/2 proz. Metalliques 69, —. 1854er Loose 96, —. Bank-Attien 793, —. Nordbahn 169, 90. National-Antiehen 82, 30. Credit-Attien 191, 50. Staats-Eisenbahn-Attien-Cert. 190, —. London 111, 90. Hamburg 83, 60. Paris 44, 30. Gold —. Böhmischa Westbahn 162, 50. Neue Loose 134, 90. 1860er Loose 101, 25. Lomb. Eisenbahn 246, —.

**Frankfurt a. M.**, 25. August, Nachm. 2 1/2 Uhr. Stille Umsätze in österr. Effekten zu festeren Preisen. Böh. Westbahn 72 1/2%. Fiuml. Antiehe 88%. Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbad 14 1/2%. Wiener Wechsel 104%. Darmst. Bank-Attien 246 1/2%. Darmst. Zettel-Bank 256 1/2%. 5proz. Metall. 67 1/2%. 4 1/2 prozentige Metalliques 60. 1854er Loose 83 1/2%. Österreichische National-Att. 72. Österr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Attien 202. Österreichische Bahnanteile 830. Österreich. Credit-Attien 200 1/2%. Neueste österreichische Att. 90%. Österr. Eisenbahn 128%. Rhein-Nahebahn 29%. Hessische Ludwigsbahn 128 1/2%.

**Hamburg**, 25. August, Nachm. 2 Uhr 30 M. Wenig Geschäft. Die Börse war anfangs matter. Finnland. Antiehe 88 Br. Wetter trüb und Regenschauer. Schluß-Course: National-Antiehe 73. Österr. Credit-

Aktien 84%. Vereinsbank 104%. Nordd. Bank 106%. Rheinische 100%. Nordbahn 64. Disconto 2%, 2 1/2%. Wien 85, 75. Petersburg 32. Hamburg, 25. August. [Getreidemarkt.] Weizen loco sehr flau, ab auswärts ganz geschäftlos. Roggen loco geschäftlos, fortwährend weichend, ab Ostsee sehr flau. Danzig Sept.-Okt. 63—64 bez. und daju jetzt angeboten, Königsberg Frühjahr zu 68 dringend offerirt. Del Oktober 27 1/2%. Mai 27 1/2%. Kaffee, Markt unverändert seit zu Conjungeschäft. Brot, bis 2000 Ctr. zu 12%, Sept.-Okt. 10,000 Ctr. zu 12%. Liverpool, 25. August. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

### Berliner Börse vom 25. August 1863.

#### Fonds- und Geld-Course.

Dividende pro 1861 1862 Zt.

Frei. Staats-Anl. 1860 14 1/2	101 1/2 %	bz.	Aachen-Düsseldorf 3 1/2	3 1/2	3 1/2	93 G.
dito 1859 52 1/2	98 3/4	bz.	Aachen-Mastricht 0	4	4	34 G.
dito 1858 44 1/2	101 1/2 %	bz.	Amsterdam-Rotterdam 5	6	4	105 1/2 %
dito 1855 47	101 1/2 %	bz.	Berg.-Märkische 6	7	6	109 bz.
dito 1856 47	101 1/2 %	bz.	Berlin-Anhalt 8 1/2	7	4	123 bz.
dito 1857 47	101 1/2 %	bz.	Berlin-Hamburg 6	6	4	123 bz.
dito 1854 47	101 1/2 %	bz.	Berl.-Potsd.-Mtg. 11	14	4	193 G.
dito 1853 47	98 3/4	bz.	Berlin-Stettin 7 1/2	7	4	136 1/2 bz.
dito 1852 47	98 3/4	bz.	Böh. Westb. —	—	5	72 1/2 bz.
Staats-Schuldscheine 34	90 1/2	bz.	Breslau-Freib. 6	8	4	138 1/2 etw.
Präm.-Anl. von 1858 32	130 1/2	bz.	Cöln-Minden 12 1/2	12 1/2	3 1/2	182 1/2 etw. bz.u.B.
Reiner Stadt-Obl. 1857 32	103 1/2	G.	Cosel-Oderberg 0	—	—	98 1/2 G.
Kur.-u. Neumärk. 37	91	bz.	dito St.-Prior. —	—	—	92 1/2 G.
Pommersche 37	91	bz.	Ludwigsb.-Rebz. 8	9	4	143 1/2 G.
Posenische 44	103 1/2	G.	Magd			